

Nationale Armutskonferenz

**Bericht:
17. Treffen der
Menschen mit
Armutserfahrung
2024**

Dokumentation: 17. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung 2024 in Berlin

Ergänzung zum Schattenbericht: Armut in Deutschland
(Nationale Armutskonferenz, 2025)



nak Nationale Armutskonferenz
Mitglied im Europäischen Armutnetzwerk EAPN



Über die Nationale Armutskonferenz

Die Nationale Armutskonferenz (nak) ist ein Bündnis von Organisationen, Verbänden und Initiativen, die sich für eine aktive Politik der Armutsbekämpfung einsetzen. Sie wurde im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerks EAPN (European Anti Poverty Network) gegründet. In der nak wirken Verbände sowie Menschen mit Armutserfahrung beziehungsweise Selbsthilfeorganisationen mit, die ihre Erfahrungen und Perspektiven einbringen und ihre Lösungsansätze im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aufzeigen.

Eine Liste der Mitgliedsorganisationen findet sich unter www.nationale-armutskonferenz.de/ueber-uns/mitgliedsorganisationen.

Das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung

Jährlich veranstaltet die Nationale Armutskonferenz mit Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales das „Treffen der Menschen mit Armutserfahrung“. Die Dokumentation des Treffens vom November 2024 ergänzt den Schattenbericht der nak zu Armut in Deutschland, der im Januar 2025 erschienen ist.

Inhalt

Austausch, Streit und ein gemeinsames Ziel: Armut bekämpfen	4
„Auf Augenhöhe mitgestalten“	4
Politiker*innen von CDU, Grünen und Linken stellen sich den Fragen.....	5
„Wo sollen Menschen wie wir noch wohnen?“	5
Hitze- und Kälteschutz für Menschen ohne Wohnung	6
„Die Würde des Menschen ist unantastbar“	6
Fazit der Politiker*innen.....	7
Ein Leben ohne Existenzangst	8
Frauen gehen gefährliche Beziehungen für Wohnraum ein	9
Wahlprogramm für die Armutswende.....	10

Austausch, Streit und ein gemeinsames Ziel: Armut bekämpfen

Die nationale Armutskonferenz (nak) lädt jedes Jahr Menschen ein, die sich mit Armut auskennen, weil sie von Armut betroffen sind oder waren. Vom 14. bis 16. November trafen sich, diskutierten und feierten rund 100 Teilnehmende in den Räumen der Diakonie Deutschland in Berlin-Mitte.

Die Menschen, die in Berlin zusammengekommen sind, vereint eine Sache: Sie wissen aus eigener Erfahrung, wie es ist, in Deutschland arm zu sein. Viele von ihnen engagieren sich in ihrer Region in verschiedenen Organisationen und Netzwerken für die Rechte von armutsbetroffenen Menschen. Aus ganz Deutschland sind sie zu diesem Treffen gekommen, auch drei Menschen aus der österreichischen Armutskonferenz sind angereist.

„Auf Augenhöhe mitgestalten“

Organisiert wurde die Veranstaltung von einem Organisationsteam aus Menschen mit Armutserfahrung, das im Vorjahr auf dem letzten Treffen gewählt wurde. Die Gruppe wurde vom Koordinierungskreis der Nationalen Armutskonferenz unterstützt. Jürgen Schneider gehört zu diesem Kreis und begrüßt mit den Worten: „Ich als Mensch mit Armutserfahrung sage: Am Ende möchte ich, dass wir hier mit etwas Gemeinsamen herausgehen. Wir dürfen diskutieren, wir dürfen unterschiedlicher Meinung sein, aber wir sollten dabei fair bleiben.“ Auch deshalb hat der Koordinierungskreis des Treffens Regeln aufgestellt, die Michael Stiefel, Projektleiter Beteiligung im Zentrum Soziales und Beteiligung der Diakonie Deutschland, erklärt: „Wir wollen einander zuhören und einander ausreden lassen.“ Ein Wahlprogramm zur Armutswende zu erstellen, das ist das Ziel des zweitägigen Treffens. „Wir wollen auf Augenhöhe mitgestalten, wie Politik zur Überwindung von Armut in Deutschland passiert“, erklärt Stiefel.

Dann geht es los. An sechs Tischen sitzen von Armut betroffene Menschen. Auf jedem Tisch liegt ein Zettel mit dem Thema, um das es gehen soll. Die Teilnehmenden haben sich an den Tisch gesetzt, der sie interessiert: „Demokratie Verteidigen“, „Gesundheit und Ernährung“, „Ökologische Transformation“, „Mobilität und Teilhabe“, „Bezahlbares Wohnen und Stadtplanung“ sowie „Gewaltfreie Existenzsicherung (ohne Sanktionen)“ stehen auf denzetteln, die auf den Tischen liegen.

Die Teilnehmenden wollen aber nicht nur miteinander über die Themen sprechen, sie erwarten Besuch aus der Politik und damit von Menschen, die die Gesellschaft, in der sie leben, aktiv gestalten. Es sind Politiker*innen, die beispielsweise festlegen, wie der Regelsatz für das Arbeitslosengeld II berechnet wird. Viele der Teilnehmenden leben von dieser Form der Grundversicherung. Es sind Politiker*innen, die im Bundestag sitzen oder in ihrer Partei eine wichtige Position innehaben.

Politiker*innen von CDU, Grünen und Linken stellen sich den Fragen

Eingeladen hatte das Organisationsteam alle demokratischen Parteien. Zwei Parteien schickten Abgeordnete, eine sogar ihre Parteivorsitzende: Die CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Die Politiker*innen sollten Fragen beantworten und vor allem wollten sie zuhören, was von Armut betroffene Menschen zu sagen haben.



Für die CDU ist der Bundestagsabgeordnete Axel Knoerig gekommen, für Bündnis 90/Die Grünen die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke und für die Linken die Parteivorsitzende Ines Schwerdtner. Eigentlich soll jede und jeder der Politiker*innen nur zwanzig Minuten an einem Tisch sitzen und dann weiterziehen, aber die Gespräche sind sehr intensiv. Viele Teilnehmende haben konkrete Fragen mitgebracht und nutzen die Möglichkeit, auf ihre Lebenssituation aufmerksam zu machen und daraus konkrete Forderungen abzuleiten.

Foto: Axel Knoerig im Gespräch

„Wo sollen Menschen wie wir noch wohnen?“

Am Tisch zum Thema „bezahlbares Wohnen und Stadtplanung“ sitzt der CDU-Politiker Knoerig. „Ich möchte gerne von Ihnen erfahren, was Ihnen unter den Nägeln brennt?“, beginnt er das Gespräch. Er sei sehr neugierig, sagt er. Eine Teilnehmerin erzählt, dass sie in einer Sozialwohnung lebe und aufgrund einer Krankheit auf Grundsicherung angewiesen sei. Sie berichtet, dass in drei Jahren die Mietpreisbindung ihrer Sozialwohnung endet. Dann wisse sie nicht, wie es weiter gehen werde. „Wo sollen Menschen wie ich noch wohnen?“, fragt sie den Politiker. Knoerig sagt: „Das Problem kenne ich auch in meinem Wahlkreis auf dem Land.“ Seine Lösung: Möglichst viele Wohnungen bauen, aber das dauere. Beim bezahlbaren Wohnraum ist man inhaltlich noch recht nah beieinander.

Das sieht beim nächsten Tisch schon anders aus. Thema hier: Gewaltfreie Existenzsicherung, was vor allem bedeutet, dass auf Sanktionen beim Bürgergeld, wenn gegen Mitwirkungspflichten verstoßen wird, verzichtet werden soll. Ein Teilnehmer zitiert eine aktuelle Aussage des CDU-Fraktionsgeschäftsführers Thorsten Frei, der gesagt haben soll: „Wer arbeitsfähig ist und eine angebotene Stelle nicht annimmt, sollte keine Unterstützung mehr bekommen.“ „Wie stehen Sie zu dieser Aussage?“, wird der CDU-Politiker gefragt. Für Menschen, die nicht krank seien, die also arbeitsfähig sind, sollte das gelten, sagt er.

Ein anderer Teilnehmer erzählt seine Geschichte: „Ich lebe seit zehn Jahren im Bezug beim Jobcenter. Ich bekomme gar keine Arbeitsangebote mehr, mich will keiner. Seit ich 55 Jahre alt bin, sagt man mir, dass ich schwer vermittelbar bin.“ „Dann behalten Sie auch die Förderung“, sagt Knoerig. Es gehe ihm nur um die Menschen, die arbeiten könnten und Angebote ablehnten. „Ich verlange von jedem Einzelnen, dass er Arbeit annimmt, wenn man sie ihm anbietet“, sagt der CDU-Politiker. Die Menschen mit Armutserfahrung sehen das anders: „Wir brauchen die sanktionsfreie Grundsicherung“, sagt ein Teilnehmer. „Ich bin der Meinung, man sollte Menschen nicht zur Arbeit zwingen.“ Hier kommen der CDU-Politiker und die Teilnehmenden nicht zueinander.

Hitze- und Kälteschutz für Menschen ohne Wohnung

Am Tisch für „Ökologische Transformation“ sitzt die Grünen-Politikerin Müller-Gemmeke. Das Thema hier: Hitze- und Kälteschutz, gerade für obdachlose Menschen. „Es geht darum, den Klimawandel zu begrenzen und sich ihm anzupassen; da gehört Hitze- und Kälteschutz dazu“, sagt die Bundestagsabgeordnete. Das sei aber Aufgabe der Kommunen. Hier gehe man sehr



*Foto: Beate-Müller Gemmeke
in der Diskussion*

unterschiedlich mit den Themen um. „Die Menschen sterben, sie erfrieren, das ist unser Thema“, entgegnet ein Teilnehmer aufgebracht. Der Mann ist wütend, das merkt auch die Grünen-Politikerin. Der Teilnehmer will darüber reden, wie Obdachlosigkeit bekämpft werden kann, die Politikerin spricht über Klimaschutz und ein mögliches Klimageld – also eine Ausgleichszahlung an alle Bürger*innen für besondere Belastungen durch Maßnahmen der Bekämpfung des Klimawandels. Dazu fehle aber die Struktur und die politische Bereitschaft, erklärt sie.

Am Tisch „Gesundheit und Ernährung“ hört die Linken-Vorsitzende Ines Schwerdtner den Teilnehmenden zu. „Ich fordere ein kostenloses Mittagessen für Kitas und Schulen, Bundesländerübergreifend“, sagt eine Teilnehmerin – eine Position, die auch Die Linke vertritt. Eine andere Teilnehmerin fordert, armutsbetroffenen Menschen zu ermöglichen, ihre Energiekosten zu senken, indem Herde und Kühlschränke ausgetauscht werden. „Das schützt die Umwelt und spart Geld“, sagt sie.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Es geht am Tisch auch um die Entscheidung, das Bürgergeld nicht zu erhöhen, weil die Inflationsrate gesunken ist. Eine Frau sagt: „Wir leben auf einem wahnsinnig hohen Niveau, der Handel hat die Preise überhaupt nicht zurückgenommen.“ Deutlich wird hier: Was die Menschen mit Armutserfahrung jeden Tag im Supermarkt erleben, ist existenziell.

Mit Ines Schwerdtner haben sie eine Frau am Tisch sitzen, die das Thema gut kennt. Sie nickt sehr viel an diesem Abend. „Wir sind ein Sozialstaat. Menschen, die nicht arbeiten können, sollten mitgetragen werden. Die Würde des Menschen ist unantastbar“, erklärt eine Teilnehmerin. Auch hier stimmt die Linken-Vorsitzende zu.

Bevor es am nächsten Tag in Arbeitsgruppen geht, ziehen die Teilnehmer*innen ein Zwischenfazit. Organisator Michael Stiefel fragt die Politiker*innen, was sie für ihre Arbeit mitnehmen.



Fazit der Politiker*innen

Axel Knoerig (CDU) bedankt sich für die Einladung. Er sagt: „Solch eine Veranstaltung habe ich bisher noch nicht mitgemacht.“ Er spricht sich für die Beibehaltung des Deutschland-Tickets aus. „Machen Sie das, wenn Herr Merz Kanzler wird?“, ruft ein Teilnehmer ihm zu. Auch, wenn die Teilnehmenden und der CDU-Politiker inhaltlich nur wenige Gemeinsamkeiten entdecken, gibt es durchaus positive Rückmeldungen dazu, dass Knoerig gekommen ist und sich der Lebensrealität armutsbetroffener Menschen gestellt hat.

„Was wollen die Grünen nach dem Ampelbruch noch machen für Menschen mit Armutserfahrung?“, wird Beate Müller-Gemmeke gefragt. Sie erzählt von ihren Gesprächen zum Thema Gesundheit und gesunde Ernährung. „Das ging mir besonders unter die Haut. Wir müssen alles dafür tun, dass die Regelsätze endlich armutsfest werden.“ Sie hofft, dass die Mehrheit, die nach der nächsten Bundestagswahl da ist, das auch umsetzt. „Menschen müssen sich gesund ernähren können“, sagt sie.

Ines Schwerdtner (Die Linke) erklärt: „Ich bin selbst armuterfahren und froh, heute wieder dabei zu sein. Ich finde es sehr gut, zuzuhören, besser als selbst zu sprechen. Ich habe viel mitgenommen.“ Ihre Forderung an die nächste Bundesregierung, ist es, die Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel zu senken. Und sie spricht sich für Treffen wie das heutige aus: „Es braucht die Selbstorganisation der Armutsbetroffenen“, sagt sie.

Diakonievorständin: „Fordern Sie einen fairen Platz für sich in der Gesellschaft ein“

Am zweiten Tag des Treffens begrüßt Diakonievorständin Maria Loheide die Teilnehmenden. „Armut darf nicht zur Gewohnheit werden“, fordert sie. Loheide spricht sich dafür aus, dass das Thema Armut an die politischen Verantwortlichen herangetragen wird. Genau deshalb gäbe es bei der Diakonie Deutschland das Projekt zur Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung. Und sie spricht die Teilnehmenden direkt an: „Fordern Sie einen fairen Platz für sich in der Gesellschaft ein.“ Ohne einen starken Sozialstaat funktioniere auch die Wirtschaft nicht.



Foto: Maria Loheide spricht

Am zweiten Tag geht es auch darum, ausgewählte Themen noch intensiver in Workshops zu bearbeiten. Die Teilnehmenden können sich aussuchen, welchen Workshop sie besuchen wollen. Eine der Gruppen beschäftigt sich mit gesunder Ernährung und dem Ziel der Ernährungssicherheit für alle. In einer Zukunftswerkstatt zusammen mit Akteurinnen aus dem Berliner Ernährungsrat wollen die Menschen mit Armutserfahrung erst den Ist-Zustand analysieren, dann eine utopische Gesellschaft erdenken und konkrete Forderungen erstellen, wie es zur Ernährungssicherheit für alle kommen kann.

Von 6,42 Euro am Tag gesund leben?



Eine der Utopien ist ganz schnell aufgeschrieben: Ein Sozialgeld, das ausreicht, um ein selbst bestimmtes Leben zu führen. Die Teilnehmenden kennen sich sehr gut mit dem Regelsatz des Arbeitslosengeldes II aus, genau 6,42 Euro beträgt der Tagessatz für Lebensmittel. Davon kann sich niemand gesund und ausgeglichen ernähren, darin sind sich die Teilnehmenden im Workshop einig.

Eine Teilnehmerin sagt: „Ich kann zur Tafel gehen, damit bin ich privilegiert. Aber: Es ist entwürdigend, mir dort Essen zu besorgen.“ Und oft seien das keine gesunden

Lebensmittel. „Ich muss essen, was es da gibt. Auch wenn meine Ärztin sagt, dass mir das schadet“.

Auch das Schul- und Kitaessen ist hier Thema. Eine Teilnehmerin sagt: „Ich finde es ein Un- ding, dass in einem reichsten Länder der Welt immer noch Schulkinder in sechs Stunden Schule kein kostenloses Mittagessen bekommen.“ Dazu gehörte auch das schlechte Essen in Krankenhäusern. Und sie fordert endlich das Verbot von Werbung für ungesunde Lebensmit- tel.

Man muss nicht mit jedem immer alles ausdiskutieren

Desinformation im Alltag, in sozialen Medien und in der Politik ist Thema eines Seminars. Die Teilnehmenden sind sich einig: In unserer sehr ausdifferenzierten, individualisierten Welt ist die Versuchung groß, auf komplexe Fragen einfache Antworten zu geben. Aber wie widersetze ich, positioniere ich mich, wenn ich mit populistischen oder gar rassistischen Meinungen konfrontiert werde? Da gibt es auch die Option, eine andere Position zu beziehen, ohne sich auf eine Diskussion einzulassen. Denn um zu diskutieren, braucht es Vertrauen, eine Haltung des gegenseitigen Respekts. Außerdem – so die Trainerin – hängt es auch von meiner Tagesform ab, ob ich mich eine Diskussion hineinziehen lasse, ob ich gerade Kraft und Lust zum Disku- tieren habe.

Ein Leben ohne Existenzangst

In einem anderen Tagungsraum geht es um ein Leben ohne Existenzangst. „Wie werden wir gemeinsam aktiv in einer Zeit von permanenten Krisen und Sozialabbau?“ ist die Leitfrage des Workshops. In dem Workshop wird auch der „Behörden-Monitor“ aus Hamburg vorgestellt, der auswertet, was Menschen im Jobcenter erleben. Die Teilnehmenden sprechen sich für eine deutschlandweit einheitliche Auswertung dieser Art aus. Es müsse laufend geprüft werden, wie Jobcenter Anträge bearbeitet und welche Fehler gemacht werden.

Im Workshop wird ganz konkret diskutiert, wie die von Armut betroffenen Menschen zur Bun- destagswahl auf ihre Belange aufmerksam machen können: Reden mit Politiker*innen, sich in Selbsthilfegruppen, bzw. Beistandsgruppen engagieren, Aktionen auf der Straße, Reden mit Medien und in den sozialen Medien. Einen wichtigen Tipp hat eine Teilnehmerin noch: „Nie- mals allein irgendwo hin gehen, immer mit einem anderen.“

Um Fragen, wie armutsbetroffene Menschen in unserer Demokratie und öffentlichen Debatten besser vorkommen können, geht es in einem Workshop zur politischen Kommunikation. Im Workshop stellt unter anderem Dr. Christoph Gille von der Hochschule Düsseldorf zwei Studien dazu aus seinem Institut vor.

Diskriminierung wegen Wohnungslosigkeit auf dem Wohnungsmarkt

Gille stellt erst einmal fest, dass arme Menschen politisch weniger gehört werden und Menschen in ärmeren Stadtteilen weniger wählen gehen. Auch in den Parlamenten säßen vor allem Akademiker*innen. Gille stellt zwei Studien vor. Die erste beschäftigt sich mit der Diskriminierung wohnungsloser Menschen aufgrund ihrer Wohnungslosigkeit. Von 300 wohnungslosen Menschen haben 73 Prozent angegeben, Diskriminierung erlebt zu haben, als sie eine Wohnung suchten. „Ihnen wird der Zugang zu Wohnraum aufgrund der Wohnungslosigkeit verwehrt“, erklärt der Forscher.

In der zweiten Studie, die Gille vorstellt, geht es um die Selbstorganisation von armutsbetroffenen Menschen in verschiedenen Ländern. Dabei stellten sie fest, dass die Finanzierung, die Unabhängigkeit und Sichtbarkeit der Organisationen sehr unterschiedlich sind. Die Nationale Armutskonferenz Deutschland (nak) sei im Vergleich eher schlecht ausgestattet.

Gille gibt den Teilnehmenden noch einen Rat mit für ihren Einsatz: „Macht euch klar: Ihr bekämpft Armut strukturell, nicht individuell.“

Einige Teilnehmende berichten, wie ihnen dieses Wissen hilft. „Mir ist gerade ein Licht aufgegangen“, sagt eine Teilnehmerin. Sie engagiere sich seit drei Jahren gegen Armut. „Ich bin so verärgert über die fehlende Selbstwirksamkeit“, sagt sie. Das kenne sie auch von Mitstreiter*innen. Heute versteht sie, dass von Armut betroffene Menschen in anderen Ländern viel mehr Unterstützung für dieses Engagement bekommen.

Im gleichen Workshop stellt Rahel Thiveßen ihr Promotionsvorhaben vor. Sie beschäftigt sich mit sozialer Ungleichheit in der politischen Kommunikation – in Bezug auf Sprache. „Wie reden Politiker*innen und alle, die am politischen Gespräch beteiligt sind, über Themen der sozialen Ungleichheit?“ fragt sie. Sie befasst sich wissenschaftlich damit, was Sprache mit Ausgrenzung und Mitbestimmung zu tun hat und forscht dazu in einem Promotionskolleg in Bochum. Thiveßen ist selbst in einer von Armut betroffenen Familie aufgewachsen.



Frauen gehen gefährliche Beziehungen für Wohnraum ein

Im Workshop zur Situation wohnungsloser Frauen geht es um konkrete Hilfsangebote, die Frauen benötigen. „Unsichtbar und ohne Lobby – Wege zur Sichtbarkeit und Vernetzung“ heißt der Titel des Workshops. Frauen* sind in besonderem Maße von Armut und Wohnungslosigkeit betroffen. Eine Teilnehmerin beschreibt ein weit verbreitetes Problem: Um nicht als arm wahrgenommen zu werden, um Wohnraum zu haben, gehen wohnungslose Frauen oft gefährliche Beziehungen ein.

Ein ganz konkretes Problem, das wohnungslose Frauen haben, sind fehlende Hygieneprodukte. Eine Teilnehmerin berichtet, dass in einer Aktion Menstruationstassen an obdachlose Frauen verteilt wurden, aber niemand bedacht hatte, dass diese geleert und gereinigt werden

müssen. In diesem Workshop geht es auch um Vernetzung, um best practice-Beispiele und ganz praktische Lösungen. Einigen Städten hätten beispielsweise die „Nette Toilette“, wo obdachlose Frauen in öffentlichen Einrichtungen Toiletten nutzen können und auf denen es kostenlose Hygieneprodukte gibt. In Berlin gebe es in der Kältehilfe für obdachlose Menschen, die „Orte der Wärme“- beispielsweise in Museen und Cafés. Diese Orte könnten auch obdachlose Frauen nutzen.

Eine mögliche Forderung zum Wahlprogramm der Armutswende: Öffentlich vorhandene Toiletten sollten für obdachlose Frauen kostenfrei genutzt werden können, z.B. in Bahnhöfen, in Bibliotheken und Stadtteilzentren – in einer belebten Umgebung, zum Schutz der Frauen. „Wenn die abgelegen sind, würde ich da nicht hingehen. Ich hätte Angst, überfallen zu werden“, sagt eine Teilnehmerin. An diesen Orten müssten auch kostenfreie Hygieneartikel zur Verfügung gestellt werden – wobei zu beachten sei, dass viele Menschen diese Produkte dort nutzen würden. „Man könnte ein republikweites Gutscheinsystem einführen für Drogerie- oder Supermärkte“, schlägt eine Teilnehmerin vor.

Eine weitere Gruppe trifft sich, um eine mögliche Preisverleihung zu planen, die auf das, was armutsbetroffene Menschen erleben, aufmerksam machen könnte. Die Arbeitsgruppe analysiert, welche Probleme und Lösungen es gibt. Die Teilnehmer überlegen, mit welchen Partner*innen sich solch eine Preisverleihung realisieren lassen würde. „Die Quintessenz ist, sich selbst gut zu organisieren und dadurch für mögliche Partner attraktiv zu sein“, fasst es Kay Raasch als Leiter des Workshops zusammen. Eine Kollegin von der Österreichischen Armutskonferenz stellt vor, wie sie dort solch einen Preis eingeführt und ausgelobt haben. Dafür bedanken sich die Organisatoren eines möglichen Preises in Deutschland. „Wir müssen geschlossen auftreten“, sagt eine Teilnehmerin. Die Gruppe will mit einem langen Atem solch einen Preis ausloben.

Wahlprogramm für die Armutswende

Armutserfahrene Menschen reden nicht um den heißen Brei herum. Sie machen konkrete Vorschläge – auch zur Bundestagswahl im Jahr 2025:



Die Parteien müssen wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen in ihre Wahlprogramme aufnehmen. Dabei geht es um die Verhinderung von Wohnungslosigkeit, zum Erhalt des Krankenversicherungsschutzes sowie zur Bekämpfung des Anstieges der Lebensmittelpreise. „Für jeden Menschen muss es eine warme Mahlzeit an jedem Tag geben“. Und überhaupt ist Wohnungslosigkeit viel zu wenig repräsentiert im Deutschen Bundestag.

Darum geht es: Armutserfahrene Menschen können und wollen ihre Interessen selbst verteidigen. Dabei ist die Unterstützung der Diakonie Deutschland und anderer Wohlfahrtsverbände sehr willkommen. Die Teilnehmenden diskutieren, wie ein Wahlprogramm aussehen würde, das die Interessen von Menschen mit Armutserfahrung berücksichtigt.

Ihre Ideen fließen in den „Schattenbericht“ der Nationalen Armutskonferenz ein, der am 27. Januar 2025 veröffentlicht wurde. ([Link](#))



Und: Es gibt auch kulturelle Grundbedürfnisse. Deshalb klingt das Treffen aus mit Gedichten und einem musikalischen Manifest: Ausrufung der Armutswende für Cello, Fagott, Posaune, Sprechchöre und fünf Pauken.

Berlin, 13. Februar 2025

Impressum

Das „Treffen der Menschen mit Armutserfahrung“ wird gefördert vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales.



Die Diakonie Deutschland unterstützt das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung organisatorisch und finanziell. Die Veröffentlichung erfolgt presserechtlich durch die Diakonie Deutschland.

Text: Lena Högemann
Fotos: Benjamin Sauer
Redaktion: Katharina Wegner
Bild- und Textrechte: Diakonie Deutschland

Herausgeber:
Nationale Armutskonferenz
c/o Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e.V.
Caroline-Michael-Straße 1
10115 Berlin

nak Nationale Armutskonferenz
Mitglied im Europäischen Armutsnetzwerk EAPN



Ansprechpartner Treffen der Menschen mit Armutserfahrung

Michael Stiefel
Projektleitung Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung
Zentrum Soziales und Beteiligung
Diakonie Deutschland
beteiligung@diakonie.de

Ansprechpartner Schattenbericht

Michael David
Zentrumsleitung Soziales und Beteiligung
Diakonie Deutschland
armutskonferenz@diakonie.de

Diakonie 
Deutschland

